den ist: ob Sie diesen, den einzeln gefaßten Beschlüssen gemäß, jetzt noch beizutreten gesonnen sind?

Der Herr Staatsminister Nostitz und Jänckendorf verläßt den Saal.

Bei erfolgtem Namensaufrufe geben alle anwesenden Kammermitglieder ihre bejahende Zustimmung.

Präsident v. Gersdorf: Meine Herren, Sie wissen, daß die Abstimmung durch Namensaufruf über das Budjet ausgesetzt worden ist; nachdem Sie nun aber bei diesem jetzt in Vortrag gewesenen Gegenstande die noch zuletzt von Ihnen zu bewilligenden 2000 Thlr. wirklich bewilligt haben, so dürften nun alle bei dem Ausgabe- und Einnahmebudjet berathenen Gegenstände ihre vollständige Erledigung gefunden haben, und ich werde nun um deswillen die Frage an Sie richten können: ob Sie mit den einzelnen Beschlüssen, die Sie bei allen einzelnen Theilen des Budjets gefaßt haben, jetzt noch beim Namensaufruf übereinstimmen?

Bürgermeister Schill: Noch eine einzige Bemerkung. Beim Einnahmebudjet ist ein Vorbehalt geschehen, nach dem wir nach Berathung des Ausgabebudjets auf ersteres zurückkommen wollten. Das Ausgabebudjet ist nun berathen, und hat in seinen wesentlichen Theilen eine Abänderung nicht erlitten. Es würde also durch die jetzige Abstimmung dieser Vorbehalt sich gleichzeitig erledigen.

Präsident v. Gersdorf: Es ist wohl darüber eine besondere Frage nicht erst an die Kammer zu richten; es ist aber sehr gut, daß Sie es erwähnt haben, damit nicht eine Ungewißheit übrig bleibt.

Bei erfolgtem Namensaufruf erfolgt ein einstimmiges Ja.

Nachdem der Herr Staatsminister Nostitz und Jänckendorf wieder in den Sitzungssaal eingetreten ist, macht der Präsident ihm bekannt, daß sowohl bei dem Namensaufrufe über den eben berathenen Bericht, als auch über das Budjet in jeder Beziehung allgemeine Zustimmung erfolgt sei.

Staatsminister Nostitz und Jänckendorf: Ich halte mich verpflichtet, der geehrten Kammer den besondern Dank der Staatsregierung auszusprechen für die große Geneigtheit, mit welcher sie diese zu gemeinnützigen Zwecken bestimmte Postulate bewilligt hat.

Präsident v. Gersdorf: Wir kommen nunmehr zum letzten Gegenstand, den Bericht über die Petition des Herrn Consistorialassessor Krecker und ich ersuche den Herrn Referenten, den Bericht vorzutragen.

Referent v. Posern trägt den Bericht vor, wie folgt:

Der Petent führt in seiner unterm 26. Februar dieses Jahres an die Ständeversammlung gerichteten Eingabe im Wesentlichen Folgendes an:

Die fortwährend steigende Bevölkerung Deutschlands, der durch den Zollverein erweiterte Markt, sowie die seit einigen Jahren ungewöhnlich lange anhaltende Winterkälte und die längere Zeit hindurch fortgesetzte, theils unrichtige, theils unpflegliche Bewirthschaftung der meisten Privatwaldungen, habe auf verschiedenen Punkten der einzelnen Staaten die Preise des Brennholzes zu einer nie gekannten Höhe emporgetrieben.

Offenkundig walte zur Zeit ein Mißverhältniß zwischen der verfügbaren Masse des Brennholzes und dem erhöheten Bedarfe ob, welches sowohl die Eröffnung und Benutzung der in mehren Gegenden Deutschlands befindlichen reichen Depots an Holzsurrogaten, als zunächst auch die Anwendung und Verbreitung Brennholz ersparender technischer Erfindungen und Verbesserungen, wenigstens auf so lange dringend nothwendig mache, bis das Gleichgewicht zwischen Production und Consumtion wieder eingetreten sein werde.

Diesen, auch im Königreiche Sachsen in Betreff des Brennholzes von Tag zu Tag sich mehr herausstellenden Nothstand berücksichtigend, und von der Ansicht ausgehend, daß es Pflicht eines Jeden sei, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Mittel und Wege zu lenken, wodurch bei Zeiten, wenn auch nur theilweise, dem fühlbaren Holzmangel entgegen gearbeitet werden könne, habe ihn bestimmt, einen Gegenstand zur öffentlichen Sprache zu bringen, der zu einer wahren Holzverschwendung Veranlassung gebe.

Dieser Gegenstand betreffe die Privatbacköfen auf dem Lande und die damit in Verbindung stehende Aufgabe, die bedeutende Brennholzmasse, welche durch die einzelnen Backöfen dahinschwinde, für andere Zwecke zu gewinnen.

Zwar habe man auch bei uns in Sachsen mehrmals und namentlich noch unlängst im Jahre 1820 den Versuch gemacht, diese Backöfen zu beseitigen, und es finde sich zu diesem Ende unter den von Zeit zu Zeit ausgesetzten Preisaufgaben nicht allein eine Prämie von 200 Thalern, welche diejenige Gerichtsherrschaft oder Gemeinde erhalten solle, die an Orten, wo zur Zeit in einzelnen Backöfen gebacken worden, die Errichtung von einem, oder nach der Größe des Dorfs, von zwei Gemeindebackhäusern, mit Abschaffung sämmtlicher Privatbacköfen und Abfassung einer gerichtlich bestätigten Backordnung zu Stande bringen würde, sondern es sei auch den Gerichtspersonen und denjenigen Gemeindegliedern, die sich hierbei besonders thätig beweisen würden, eine Gratification von resp. 10 und 15 Thalern versprochen worden.

Allein es sei dessen ungeachtet davon, daß eine solche Einrichtung irgendwo ins Leben getreten und die Prämie zur Auszahlung gekommen, Etwas nicht bekannt geworden.

Diese auffällige Nichtbeachtung einer an sich so höchst wohlthätigen Einrichtung, werde nur durch den Erfahrungssatz erklärlich, daß der Landmann in der Regel mißtrauisch gegen alle neuen Einrichtungen sei, und daß von seiner Seite nicht selten verjährte Vorurtheile und Befangenheiten einen langen Zeitraum hindurch selbst solchen Einrichtungen hemmend entgegentrete, deren Zweckmäßigkeit er späterhin vollkommen erkenne, wie dies z. B. noch im vorigen Jahrhundert mit dem Kartoffel- und Kleebau der Fall gewesen.

Demnach dürfte nur auf dem Wege der Gesetzgebung der in Rede stehenden Einrichtung der gewünschte Eingang zu verschaffen und der damit verbundene so wichtige Zweck zu erreichen sein; auch möchte in Hinblick auf das allgemeine Wohl und von dem Standpunkte der Nationalökonomie aus betrachtet,

SLUB
Wir führen Wissen.